

Artikel drucken Bilder ausblenden



DIE WELT | ESSAY

15.02.2011 | Autor: Ulrike Ackermann

Freiheit zuletzt?

Überwiegend mit Sorge haben die Deutschen die Aufstände in Tunesien und Ägypten verfolgt. Immer noch gelten hierzulande Sicherheit und Gleichheit mehr als Freiheit

Es ist schon bemerkenswert, wie die deutsche Bevölkerung das leidenschaftliche Freiheitsbegehren der Bürger in Tunesien, Ägypten und weiteren arabischen Staaten aufnimmt. Während die politische Klasse noch bis zum Rücktritt Mubaraks Zurückhaltung walten ließ, waren zumindest 43 Prozent der Bürger fasziniert vom Mut, mit dem die Menschen dort unter Einsatz des eigenen Lebens für westliche Freiheiten und ein gutes Leben kämpften. Doch überwog mit 52 Prozent die Sorge über die revolutionären Entwicklungen im Nahen Osten. Und nun beherrscht der Streit über Hartz IV wieder die Schlagzeilen.

Die mangelnde Begeisterung scheint Ausdruck der eigenen Freiheitsmüdigkeit zu sein. Wir haben bei uns ja alles erreicht: Demokratie, Rechtsstaat, Wohlstand und weitgehende soziale Sicherheit und sind darüber, so scheint es, träge und behäbig geworden. Die Wertschätzung der Freiheit, insbesondere der individuellen, ist denn auch seit den 90er-Jahren in Deutschland kontinuierlich zurückgegangen - zugunsten von sozialer Sicherheit und Gleichheit. Hinzu kommt, dass die Deutschen seit jeher die Freiheit gerne mit Gemeinschaft und nationaler Einheit verbunden haben, im Unterschied zum angelsächsischen Liberalismus, der auf die individuelle Freiheit pochte. Individualismus ist denn auch bis heute den Deutschen ein Schmähwort. Dafür genießt der Staat in seinem fürsorglichen Paternalismus umso höheres Ansehen: bei Bürgern, Politikern und selbst Teilen der Wirtschaft, wie die jüngste Krise gezeigt hat.

Trotz der Individualisierungsprozesse, die wir der westlichen Moderne seit der Aufklärung verdanken, und der Herausbildung der Zivilgesellschaft ist die Vorstellung vom Staat als einem gütigen und zugleich strengen Vater immer noch sehr beliebt. Er soll für Wohlstand und Gesundheit seiner Kinder sorgen und am besten alle Güter gerecht und gleich unter ihnen verteilen. Im Gegenzug zu seiner Wohltätigkeit nehmen die Bürger dann auch seine erzieherische Strenge und seine Wacht über die Tugend in Kauf. Inzwischen erlaubt er sich immer mehr Übergriffe auf ihr privates Leben. Verbote und Vorschriften haben aber die Neigung gleichzumachen. Paternalismus und Egalitarismus sind Zwillingbrüder und beschneiden die Handlungsfreiheit und Entfaltungsmöglichkeiten der Individuen.

Eigentlich sollten wir aus unserer wechselvollen, aber letztlich erfolgreichen Geschichte gelernt haben, dass das Individuum, der selbstbestimmte Bürger, die wesentliche Innovationskraft gesellschaftlichen Fortschritts ist: Individuen machen Geschichte. Uniformität und Gleichheit bedeuten hingegen Stillstand der historischen Entwicklung. Voraussetzung für die Herausbildung von Individualität und die Praxis eines eigenen Lebensplans ist die Freiheit eines jeden, zwischen verschiedenen Optionen wählen zu können, sich von anderen zu differenzieren. Damit schaffen die Menschen überhaupt erst die Pluralität der Lebensstile, die alternativ zur Wahl stehen. Egalisierung durch Reglementierung der Spielräume und paternalistische Fürsorge sind hingegen selbst in kleinem Maßstab verbunden mit der Ausdehnung staatlicher Macht auf Kosten der individuellen Freiheit, Selbstverantwortung und Selbstbestimmung. Eine Verstaatlichung der Verantwortung entsolidarisiert zudem die Gesellschaft und lässt ihren Gemeinsinn verkümmern.

Dieser Paternalismus prägt nicht nur das Verhältnis der Bürger zum Staat und umgekehrt und das Verhältnis der politischen Klasse gegenüber ihrem Wahlvolk, sondern durchdringt weite gesellschaftliche Bereiche von der Wirtschaft über das Gesundheitswesen bis zur Bildung. Eigentlich müsste dies eine große Herausforderung für eine liberale Partei sein - erst recht, wenn sie Regierungsverantwortung trägt. Doch die Enttäuschung über die FDP ist mittlerweile immer größer geworden. Endlich an der Macht, ist kaum noch etwas von ihren liberalen programmatischen Grundsätzen zu spüren und zu hören. Von einschlägigen Reformen, die nicht nur wegen der exorbitanten Staatsverschuldung auf der Agenda stünden, keine Spur. Mit ihrer exklusiven Fokussierung auf den mutigen, leistungsorientierten und fortschrittsoptimistischen Wirtschaftsbürger, der im Mittelstand angesiedelt ist und weniger **Steuern** zahlen will, verengt sie zudem ihren eigenen liberalen Traditionsbestand. Denn wirtschaftliche Freiheit funktioniert auf Dauer nicht ohne den Rahmen der politischen Freiheit und der Selbsttätigkeit der Bürger, die ihre individuelle Freiheit auskosten. Wirtschaftsliberalismus allein ist nicht nur unbeliebt, sondern reduziert die Facetten der Freiheit, wie sie sich über die Jahrhunderte im Westen entfalten konnten. Dazu zählen im Übrigen auch die antitotalitären und antiautoritären Traditionslinien. Nicht nur vom inzwischen allseits als Bürde empfundenen Parteivorsitzenden ist dazu kaum etwas zu hören. Auch die anderen Minister konnten sich in Sachen Freiheit nicht profilieren. Innenminister de Maizière spricht mit größerer Emphase und Ernsthaftigkeit über die Bedrohungen der Freiheit angesichts des Islamismus oder der Herausforderungen der digitalen Revolution als irgendein FDP-Politiker. Nahezu widerspruchslos ließ die Steuersenkungspartei auch den EU-Rettungsschirm passieren, von dem die Banken auf Kosten der Steuerzahler profitieren, und gab damit willfährig ordnungspolitische Grundsätze preis. Die Freunde der Freiheit sind zwar in Deutschland in der Minderheit, ihr Potenzial ist aber mit Sicherheit größer als fünf Prozent.

Vielleicht lassen sich die Deutschen ja anstecken von dem Aufbruch in die Freiheit, den sie aus der Ferne beobachten. Und finden den Mut, sich aus dem hiesigen paternalistischen Gehege zu befreien: wagen mehr Eigenwilligkeit, übernehmen größere Selbstverantwortung, aus denen neues Selbstbewusstsein, Mündigkeit und Würde erwachsen können. Die Bedingungen für die Freiheit sind ja bei uns sehr günstig: Rechtsstaat, Demokratie und soziale Marktwirtschaft. Wer jedoch nur auf Sicherheit setzt und in der Herde mittrabt, wird nichts Neues entdecken und die Lust auf die Freiheit verlieren. Die Freiheit, so hat die Geschichte gezeigt, muss immer wieder neu verteidigt werden. Denn der Kampf für die Lebenschancen des Einzelnen gegen die Beschränkungen durch andere ist nie

